

## Auftrag 1:

1. Über die Aufteilung von Einfluss, Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen bzw. zwischen Kantonen, Regionen und Gemeinden wird in den letzten Jahren heftig diskutiert. Notieren Sie drei wichtige Fragen zu dieser Diskussion.
2. Vergleichen Sie in einer Kleingruppe Ihre Fragestellungen.
3. Lesen Sie den folgenden Text. Welche Konsequenzen können daraus für die Aufgabenteilung zwischen Bund - Kantonen - Gemeinden abgeleitet werden?

### ***Die Stellung von Städten und Agglomerationen***

*Eine Agglomeration besteht aus einem Zentrum und jenen Vorortsgemeinden, die in einem engen Zusammenhang zu diesem Zentrum stehen.*

*Die grösste Agglomeration Zürich umfasst über 100 Gemeinden mit fast 1 Mio. Einwohnern. Die Agglomerationen Genf, Basel, Bern und Lausanne umfassen weitere 200 Gemeinden mit zusammen fast 1,5 Mio. Einwohnern.*

*Rund jede dritte Person in der Schweiz wohnt in einer der fünf grossen Agglomeration. Agglomerationen halten sich nicht an Gemeinde- und Kantons Grenzen. In Genf und Basel müssten eigentlich auch Gemeinden im nahen Ausland zur Agglomeration dazugezählt werden.*

4. Die grossen Städte und die Agglomerationen werden in der eidgenössischen Politik nicht besonders eingebunden. Wie wichtig sind die Städte und Agglomerationen im Vergleich zu den kleinen und mittelgrossen Kantonen?

## Auftrag 2:

1. Die abgedruckten Tabellen enthalten statistische Angaben zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz in den Kantonen und den grossen Städten und vergleichen die Zahl der Kantone und Gemeinden mit anderen europäischen Staaten.
2. Teilen Sie in jedem Gruppenmitglied eine Tabelle zum genaueren Studium zu. Interpretieren Sie den Inhalt jeder einzelnen Tabelle und präsentieren Sie die Ergebnisse in einem Kurzvortrag (zuerst in der Gruppen) anschliessend vor der Klasse.

<b>Dokument / Titel</b>	Die Bevölkerungsentwicklung von 1850 - 2000 in den Kantonen und Städten der Schweiz
<b>Quelle</b>	Bundesamt für Statistik; Eidgenössische Volkszählung 2000: Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden 1850 - 2000 (Im Internet können unter <a href="http://www.statistik.admin.ch">www.statistik.admin.ch</a> auch animierte Grafiken/Darstellungen betrachtet werden)
<b>Autor</b>	Text und Auswahl durch Markus Schärner

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung der 6 grössten Städte in absoluten Zahlen

	1850	1900	1930	1960	1990	2000
Schweiz	2 392 740	3 315 443	4 066 400	5 429 061	6 873 687	7 288 010
Zürich	41 585	168 021	290 937	440 170	365 043	363 273
Genève	37 724	97 359	124 121	176 183	171 042	177 964
Basel	27 844	109 161	148 063	206 746	178 428	166 558
Bern	29 670	67 550	111 783	163 172	136 338	128 634
Lausanne	17 108	46 732	75 915	126 328	128 112	124 914
Winterthur	13 651	40 961	53 925	80 352	86 959	90 483
Quelle: Bundesamt für Statistik						

Tabelle 2: Die Entwicklung der Anzahl Provinzen nach Ländern 1850 - 2000

	1850	1900	1930	1960	1990	2000
Schweiz	25	25	25	25	26	26
Belgien	9	9	9	9	9	11
Dänemark		22	25	25	14	14
Frankreich	86	87	90	90	96	96
Italien		69	92	92	95	103
Niederlande	11	11	11	11	12	12
Österreich		7	9	9	9	9
Norwegen		20	20	20	19	19
Quelle: Bundesamt für Statistik						

Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung nach Kantonen in absoluten Zahlen

	1850	1900	1930	1960	1990	2000
Schweiz	2 392 740	3 315 443	4 066 400	5 429 061	6 873 687	7 288 010
Zürich	250 698	431 036	617 706	952 304	1 179 044	1 247 906
Bern	407 765	524 092	623 665	813 601	943 126	957 197
Vaud	199 575	281 379	331 853	429 512	601 816	640 657
Aargau	199 852	206 498	259 644	360 940	507 508	547 493
St. Gallen	169 625	250 285	286 362	339 489	427 501	452 837
Genève	64 146	132 609	171 366	259 234	379 190	413 673
Luzern	132 843	146 519	189 391	253 446	326 268	350 504
Ticino	117 759	138 638	159 223	195 566	282 181	306 846
Valais	81 559	114 438	136 394	177 783	249 817	272 399
Basel-Landschaft	53 500	76 263	101 909	160 631	248 484	259 374
Solothurn	69 674	100 762	144 198	200 816	231 746	244 341
Fribourg	99 891	127 951	143 230	159 194	213 571	241 706
Thurgau	88 908	113 221	136 063	166 420	209 362	228 875
Basel-Stadt	29 698	112 227	155 030	225 588	199 411	188 079
Graubünden	89 895	104 520	126 340	147 458	173 890	187 058
Neuchâtel	70 753	126 279	124 324	147 633	163 985	167 949
Schwyz	44 168	55 385	62 337	78 048	111 964	128 704
Zug	17 461	25 093	34 395	52 489	85 546	100 052
Schaffhausen	35 300	41 514	51 187	65 981	72 160	73 392
Jura	44 921	57 575	55 741	63 573	66 233	68 224
Appenzell Ausserrhoden	43 621	55 281	48 977	48 920	52 229	53 504
Glarus	30 213	32 349	35 653	40 148	38 508	38 183
Nidwalden	11 339	13 070	15 055	22 188	33 044	37 235
Uri	14 505	19 700	22 968	32 021	34 208	34 777
Obwalden	13 799	15 260	19 401	23 135	29 025	32 427
Appenzell Innerrhoden	11 272	13 499	13 988	12 943	13 870	14 618

Quelle: Bundesamt für Statistik

Tabelle 4: Die Entwicklung der Anzahl Gemeinden nach Ländern 1850 - 2000

	1850	1900	1930	1960	1990	2000
Schweiz	3'205	3'164	3'121	3'095	3'021	2'896
Belgien	2'529	2'617	2'671	2'663	589	589
Dänemark		1'184	1'394	1'388	276	276
Frankreich	36'835	36'192	38'004	38'001	36'563	36'664
Italien		8'262	7'310	8'026	8'097	8'100
Niederlande	1'176	1'121	1'078	990	672	537
Österreich		5'074	4'389	4'003	2'300	2'359
Norwegen		602	748	732	448	435

Quelle: Bundesamt für Statistik

## Auftrag 3:

1. Die Zahl der Gemeinden in der Schweiz wird als zu hoch erachtet. Als optimale Gemeindegrösse werden 2'500 bis 7'500 Einwohner genannt. Berechnen Sie die durchschnittliche Einwohnerzahl einer Schweizer Gemeinde heute.
2. Die grossen Kantone beklagen sich über den überproportionalen Einfluss der kleinen Kantone z.B. bei Vernehmlassungen, im Ständerat und beim Ständemehr. Sind diese Klagen aufgrund der statistischen Angaben begründet?
3. Nehmen Sie zu folgender Aussage Stellung:  
*" Eine Schweiz mit nur noch halb so vielen Kantonen und weniger Kompetenzen für die Kantone würde deutlich besser und kostengünstiger funktionieren!"*
4. Suchen Sie im Internet nach den notwendigen statistischen Angaben und stellen Sie die Daten grafisch dar. Präsentieren Sie das Ergebnis anschliessend der Klasse.

## Auftrag 4:

1. Warum versuchen die Kantone Fusionen der kleinen Gemeinden zu fördern?
2. Welche Argumente sprechen aus der Sicht der Gemeinden gegen eine Fusion mit einer Nachbargemeinde?
3. Fragen Sie Politiker und Behörden in Ihrer Wohngemeinde, ob und in welchen Bereichen mit Nachbargemeinden zusammengearbeitet wird und ob sogar ein Zusammenschluss (eine Fusion) mit Nachbargemeinden diskutiert wird.

---

<b>Dokument / Titel</b>	Positive und negative Anreize
<b>Untertitel</b>	Mit Beiträgen möchte der Kanton künftig Gemeindefusionen fördern
<b>Quelle</b>	Der Bund, 6.11.2002
<b>Autoren</b>	Rebekka Reichlin, Evelyne Mayr Gekürzt und bearbeitet von Markus Schärner

---

### **Fusionen zwischen Gemeinden möchte der Kanton Bern künftig mit Beiträgen unterstützen.**

Der Kanton Bern hat heute 400 Gemeinden. Von den Stimmberechtigten abgelehnt wurden vor rund zwei Jahren die Fusionen zwischen Interlaken, Matten und Unterseen sowie jene zwischen Malleray und Bévillard. Hingegen sind die Zusammenschlüsse von Ober- und Niederwichtach, von Zimmerwald und Englisberg sowie von Rütli und Riggisberg bereits recht weit fortgeschritten.

Viele bernische Gemeinden stiessen heute an ihre Leistungsgrenzen und kämpften mit finanziellen, aber auch mit personellen Problemen. Begegnet werden könne diesen Schwierigkeiten oft mit mehr Kooperation. Mit dem Ziel, die Gemeinden dazu zu bringen, ihre Zusammenarbeit zu verstärken oder gar Fusionen ins Auge zu fassen, hat der Kanton vor gut zwei Jahren die Strategie Gemeinden lanciert.

Während zehn Jahren will der Kanton deshalb für freiwillige Gemeindefusionen pauschale Beiträge bereitstellen. «Dadurch soll der strukturelle Wandel durch gezielte Anreize beschleunigt werden», sagte Regierungsrat Luginbühl.

(...) Vergrössern will der Kanton zudem den Druck, damit Gemeinden enger zusammenarbeiten. Auf der ersten Stufe stehe die freiwillige Zusammenarbeit. Gemeinden, die nicht kooperierten, würden mit «sanftem Druck» dazu gebracht. Als Beispiele für «negative Anreize» nannte Luginbühl den Entzug von Subventionen oder Beiträgen. Als dritte und letzte Massnahme könne der Kanton schliesslich die Gemeinden zur Zusammenarbeit zwingen. Beide Druckmittel seien bis jetzt noch nie angewendet worden, betonte Luginbühl.

Der Kanton bestraft die Gemeinden aber nicht nur, er unterstützt sie auch bei Reformen. Es sei sinnvoll zu schauen, wie andere Kantone das Thema angingen, und «Leistungsvergleiche» zu ziehen, erklärte Luginbühl.

## **Blick über die Kantonsgrenzen – Wie reformwillig die Gemeinden anderswo sind**

Die Gemeinden im **Kanton Freiburg** sind besonders reform- und fusionswillig. 1998 zählte der Kanton Freiburg noch 246 Gemeinden. Davon hatten rund die Hälfte weniger als 400 Einwohnerinnen und Einwohner. In fünf Prozent der Gemeinden lebten gar weniger als 100 Personen. Per 1. Januar 2003 wird der Anteil der letztgenannten Kleinstgemeinden auf 3,5 Prozent geschrumpft sein. Insgesamt wird es im Kanton Freiburg noch 202 Gemeinden geben.

Auch im **Kanton Graubünden** rücken die Gemeinden näher zusammen allerdings in weit geringerem Ausmass, als es im Kanton Freiburg der Fall ist. In den letzten 40 Jahren kamen nur acht Gemeindefusionen zustande, die letzten zwei in den Jahren 2001 und 2002. Durch die Fusionen wurde die Anzahl Gemeinden von 219 auf 208 verringert. Als Gründe für die zögerliche Reformtätigkeit nannte Haimo Heisch, Chef des kantonalen Gemeindeinspektorats Graubünden, zum einen die topografischen Eigenheiten viele Talschaften sind durch hohe Gebirgszüge voneinander getrennt, zum anderen die geringe Bevölkerungsdichte sowie die sprachliche Vielfalt des Kantons. Die Ausgangslage der Bündner Gemeinden präsentiere sich aber «recht gut», sagte Heisch; die Gemeinden könnten ihre Stärken teilweise voll entfalten. Dennoch nehme aufgrund des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels, der steigenden Ansprüche und Anforderungen und der schwindenden Ressourcen der Druck auf die Kommunen zu. Als Schwächen der heutigen Situation bezeichnete Heisch die Gefahr von Partikularismus und Ineffizienz. Der Kanton unterstütze deshalb Reformprozesse, unter anderem mit finanziellen Beiträgen.

Noch träger als Graubünden ist in Sachen Gemeindereformen der **Kanton Aargau**. Der Kanton zählt 231 Gemeinden, von denen ein Drittel weniger als 1000, aber keine unter 100 Einwohner hat. Realisiert wurde nur eine Fusion und dies im siebten Anlauf zwischen Mühletal und Zofingen. Verbreiteter als Zusammenschlüsse sind im Aargau Kooperationen zwischen Gemeinden.

In den Schweizer Gemeinden finden **grosse Reformaktivitäten** statt: Ziel von Reformprojekten ist zumeist das Streben nach besseren Dienstleistungen. Viele Gemeinden erhoffen sich auch Einsparungen und schnellere Entscheidungswege. Zwei Drittel aller Gemeinden haben in den letzten fünf Jahren die Zusammenarbeit untereinander intensiviert. Vor allem in grösseren Gemeinden ist New Public Management (NPM) ein Thema. Von Fusionen wird hingegen nur in wenigen Kantonen gesprochen.

## Auftrag 5:

1. Listen Sie aus der Sicht eines Einwohners einer mittelgrossen Gemeinde in der Region Bern mögliche Vor- und Nachteile eines Regionalrates auf.
2. Diskutieren Sie die Argumente in der Gruppe und formulieren Sie eine gemeinsame Haltung und/oder Frage an die Klasse.

---

<b>Dokument / Titel</b>	Künftig weiss der Regionalrat Rat
<b>Untertitel</b>	Über regionale Fragen in der Agglomeration Bern entscheidet ab 2008 wohl ein neues, regionales Gremium
<b>Quelle</b>	Der Bund, 30.10.2003
<b>Autor</b>	Marc Lettau Gekürzt und bearbeitet von Markus Schärner

---

## **Ein Regionalrat entscheidet künftig ganz verbindlich über jene Fragen, die ohnehin alle Gemeinden der Region Bern betreffen: Das ist das Kernstück der neuen Agglomerationsstrategie Region Bern.**

Die Zusammenarbeit unter den Gemeinden der Agglomeration Bern soll deutlich verstärkt werden und viel verbindlicheren Charakter erhalten. Kernstück der Reform ist die Schaffung eines Regionalrates, der die Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten aller Agglomerationsgemeinden vereinen soll und zu ausgewählten Politikbereichen für die ganze Region verbindliche Entscheide fällen könnte. Im Vordergrund stehen dabei vorerst Planungs- und Verkehrsfragen, die Region Bern soll 100 Gemeinden umfassen.

Mit dem Regionalrat soll aber keine neue politische Ebene geschaffen werden und deshalb wird beispielsweise auf die Schaffung eines regionalen Parlaments verzichtet.

Das Modell bietet eine Plattform, die sich bei Bedarf weiterer Themen annehmen kann, die man besser gemeinsam statt gemeindeweise anpacke: Wirtschaftsförderung, Versorgung, Entsorgung, regionale Alterspolitik, gemeinsame EDV-Konzepte und regionale Arbeitslosenpolitik.

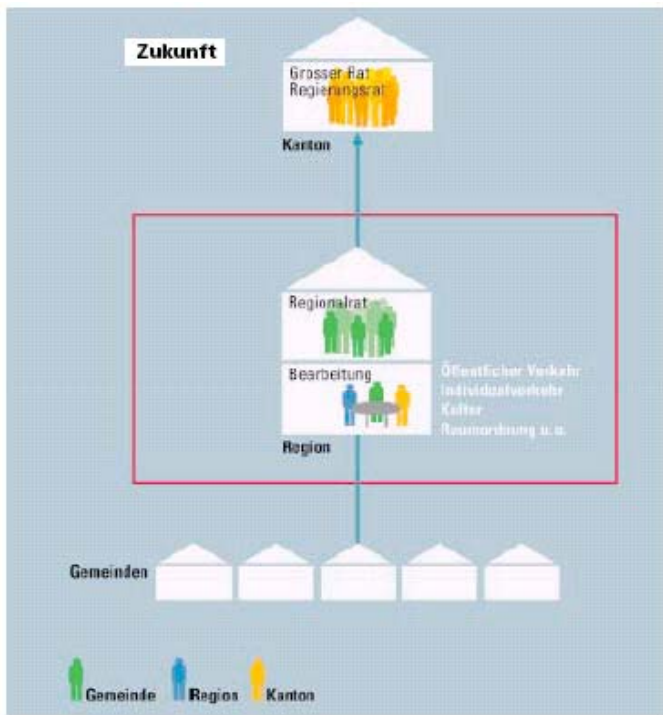
## **Agglomerationen als Motoren**

Agglomerationen sind für das wirtschaftliche Gedeihen des ganzen Kantons von grosser Wichtigkeit. In der Region Bern arbeiten beispielsweise gemäss neusten Zahlen 46 Prozent aller Beschäftigten, und sie erwirtschaften dabei 52 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Für den Bund spielt die Agglomerationspolitik auch bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben von Bund und Kantonen eine Rolle. So hat der Bund die Absicht, ab 2006 jährlich rund 300 bis 350 Millionen Franken für den Agglomerationsverkehr bereitzustellen. Aber: Nur Agglomerationen, die ein verbindliches Agglomerationsprogramm haben, kommen in den Genuss von finanziellen Leistungen.

## Der Rat der 100 Präsidenten

Die künftige politische Region Bern wird keine fusionierte Grossgemeinde Bern sein, und sie wird die kommunale Steuerhoheit nicht aufheben. Ein sehr eng gefasster Perimeter für die neue Region wäre wohl «identitätsstiftender» als ein grosser. Ein kleiner Perimeter löst aber unsere wichtigsten raumplanerischen Probleme nicht. Deshalb geht die Projektgruppe jetzt vom «grossen Wurf» aus. Läuft es nach Plan, sässen somit ab 2008 im neuen Regionalrat gleich 100 Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten.



## Kommentar: Wer ist gegen das Bäre-Abi?

Die meisten bisherigen grossen Visionen für die Stärkung der Region Bern hatten eines gemeinsam: Sie waren ohne nennenswerten Wirklichkeitsbezug und endeten deshalb im Papierkorb.

Das vorgeschlagene Zusammenarbeitsmodell für die Region Bern will einzig, die drängendsten Probleme im gemeinsamen Lebensraum etwas besser und vor allem rascher als heute lösen. Es erfindet fast nichts neu. Es ist kein Denkmal. Aber genau dies ist wohl die eigentliche Qualität des Modells. Die Region Bern leidet nämlich jetzt unter Zersiedelung, jetzt belastet der Verkehr Lungen und Kassen: Die Gegenwärtigkeit wichtiger Verkehrs- und Planungsfragen lässt gar nichts anderes zu als ein pragmatisches, dafür aber rasch umsetzbares Modell für eine verbindlichere regionale Politik. Natürlich wird selbst dieser nüchterne Wurf Ängste und Ablehnung auslösen. Die vorgeschlagene Grösse des künftigen Regionsperimeters von 100 Gemeinden mag erschrecken. Und die Furcht mag keimen, dass da halt doch nach und nach eine neue Verwaltungsebene zu wuchern beginnt. Aber wer reklamiert heute noch über die Einführung des Bäre-Abi? Wo sind heute jene, die sich mit aller Kraft gegen den regionalen Tarifverbund gewehrt hatten?